

Gesellschaftliche Entwicklungen

Deutschland und die Europawahl

Breiter Konsens, aber wenig Engagement

Beim Konkurrenzkampf der Parteien in Wahlzeiten geht es normalerweise um eine Maximierung des eigenen Stimmenanteils. Bei der ersten Direktwahl zum Europaparlament 1979 standen die Wahlkampfstrategen der Parteien zunächst allerdings vor einer deutlich unterscheidbaren Ausgangslage. Vor Bundestagswahlen geben 90 Prozent und mehr der wahlberechtigten Bevölkerung in Meinungsumfragen an, ihre Stimme abgeben zu wollen, bei Landtagswahlen liegt dieser Prozentsatz nicht wesentlich niedriger. Im Januar 1979, knapp 6 Monate vor der Europawahl, waren dagegen nur 58,2 Prozent zur Wahlteilnahme entschlossen, während sich 35,1 Prozent zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden hatten, ob sie überhaupt zur Wahl gehen sollten oder nicht. Eine der Hauptursachen für diese Ergebnisse dürfte darin zu suchen sein, daß zum gleichen Zeitpunkt nur 67,7 Prozent überhaupt darüber informiert waren, daß eine Wahl zum Europäischen Parlament stattfinden sollte. Dieser Anteil stieg dann vom Januar bis zum April um ca. 15 Prozentpunkte auf insgesamt 83,8 Prozent (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1:
Haben Sie schon davon gehört, daß Wahlen zu einem Europäischen Parlament stattfinden sollen?

	Januar 79		April 79	
	ja	nein	ja	nein
Insgesamt	67,7	32,3	83,8	15,8
SPD-Wahlabsicht	67,7	32,1	82,9	17,1
CDU/CSU-Wahlabsicht	67,6	32,4	84,9	15,1
FDP-Wahlabsicht	70,6	30,4	90,2	9,2
Unentschlossene	62,7	37,3	78,5	21,1

Größeres Interesse bei den Unionswählern?

Neben diesem recht globalen Indikator kann man die Frage nach dem konkreten Wahltermin in die Analyse einbeziehen. Es zeigt sich dann, daß nicht nur das Thema insgesamt an Aktualität zunahm, sondern auch der Informationsgrad erheblich gestiegen ist. Während im Januar z. B. knapp 26 Prozent wußten, daß die Europawahl im Juni stattfinden sollte, waren im April doch immerhin knapp 49 Prozent über den konkreten Wahltermin informiert. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß selbst zwei Monate vor der Europawahl nur etwa jeder zweite wahlberechtigte Bürger mit einiger Sicherheit den Wahltermin kannte. Umgekehrt

formuliert: Selbst zu diesem Zeitpunkt hatte noch mehr als die Hälfte der Wähler keine konkreten Vorstellungen über die Wahl selbst, und es ist zu vermuten, daß die politischen Einstellungen bis hin zur Wahlabsicht noch weit diffuser waren.

Tabelle 2:
Wissen Sie auch, wann diese Wahlen stattfinden werden?

	Januar 1979	April 1979
10. Juni 79	8,0	15,2
Juni 79	17,8	33,7
Sommer 79	19,5	12,9
nächstes/dieses Jahr	34,6	12,8
falsche Angaben	17,3	6,0
Keine Angaben	2,8	19,3

Hier zeigt sich der erste deutliche Unterschied in der Ausgangslage zur Europawahl im Vergleich zu etwa Bundestags- oder Landtagswahlen. Trotz eines relativ hohen Informationsangebots in den Massenmedien haben die Europawahlen im Vorfeld der politischen Diskussion offensichtlich keine zentrale Stellung eingenommen und mußten erst durch gezielte Informationsarbeit aller Parteien im politischen Bewußtsein der Bevölkerung verankert werden.

Damit stellte sich nicht nur das Problem der Mobilisierung der Wähler, es mußte im Vorfeld zunächst einmal das notwendige Interesse für die Wahl überhaupt geschaffen werden. Um diese Aussage zu verdeutlichen, muß man die Beziehung der Tabellen 1 und 2 dahingehend erläutern, daß nur diejenigen Wähler nach dem Termin der Wahl gefragt wurden, die vorher angegeben hatten, schon einmal etwas von der Europawahl gehört zu haben. Mit anderen Worten, nur jeder vierte, der schon einmal etwas von der Europawahl gehört hatte, wußte im Januar 1979 auch gleichzeitig, daß die Wahlen im Juni stattfinden sollten. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung bedeutet dies, daß nur 17,5 Prozent der Wähler im Januar 1979 über die Europawahl wirklich informiert waren. Dieser Anteil hat sich bis zum April 1979 auf 41 Prozent erhöht.

In Anbetracht dieser Entwicklung stellt sich das Problem, ob hier in den verschiedenen Parteilagern Differenzierungen zu beobachten sind. Diese Frage ist insofern von besonderer Wichtigkeit, da nach einer gängigen These in der empirischen Wählerforschung das politische Interesse linksliberaler Wähler höher angesetzt wird als das der Unionswähler. Unterstellt man einmal, diese These sei richtig und in den empirischen Daten, die diese These unter-

mauern, schlug sich nicht nur das normativ geprägte Selbstverständnis fundierteren politischen Urteilsvermögens linksliberaler Wählerkreise nieder, dann hätte hier ein erhebliches Risiko für die Unionsparteien gelegen. Man könnte dann nämlich in Anbetracht der Ausgangslage bei den Wählerpotentialen von SPD und FDP vermuten, daß in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit auf der Basis eines höheren politischen Interesses ein höherer Informationspegel erreichbar sein würde, der seinerseits eine günstigere Ausgangsbasis für die Mobilisierung der Wähler schafft.

Tabelle 3:
Konkrete Bekanntheit des Wahltermins bei Wählern, die generell über die anstehende Europawahl informiert waren

	Januar 1979	April 1979
Insgesamt	25,8	48,9
SPD-Wahlabsicht	28,0	48,3
CDU/CSU-Wahlabsicht	23,4	51,3
FDP-Wahlabsicht	33,3	47,1
Unentschlossene	16,1	44,0

Tabelle 3 belegt, daß die These vom höheren politischen Interesse linksliberaler Wähler, zumindest bezogen auf die Europawahl, keine Gültigkeit besitzt. Während der Grad globaler Information über die Europawahl bei SPD- und CDU-Wählern im Januar mit jeweils knapp 68 Prozent fast identisch war und bis zum April 1979 mit einer Steigerung auf knapp 83 bzw. 85 Prozent (vgl. Tabelle 1) bereits eine leicht unterschiedliche Entwicklung aufweist, ist die Qualität der Information, gemessen an der konkreten Kenntnis des Wahltermins, der hier ein Indikator sein dürfte, bei Unionswählern offensichtlich noch wesentlich größer. Einer Steigerung bei SPD-Wählern von 20 Prozent steht bei Unionswählern eine Steigerung um annähernd 30 Prozent gegenüber. Die Verhältnisse in den Parteilagern haben sich damit in diesem Zeitraum umgekehrt. Im Januar war in der Gruppe der Wähler mit SPD-Affinität das höhere Informationsniveau vorhanden, im April dagegen zeigen sich die Unionswähler besser informiert. Indirekt läßt sich daraus ablesen, daß das Thema Europa in CDU-CSU-Wählerkreisen offensichtlich auf größeres Interesse gestoßen ist.

Europa-Interesse und Wahlbeteiligung nicht dasselbe

Diese Aussage bezieht sich zunächst nur auf die Resonanz des Themas, ohne daß damit eine Aussage über die Bereitschaft zur Wahlteilnahme oder eine politische Motivierung verbunden wäre. Der letztere Bereich läßt sich in Ermangelung konkreter Daten ohnehin nur sehr global und weitgehend spekulativ analysieren. Aufgrund verschiedener Daten ergibt sich, daß die deutsche Bevölkerung mehrheitlich (59%) die Europäische Gemeinschaft für eine gute Sache hält. (Vgl. Eurobarometer. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft, Nr. 8 Januar 1978, Kommission der europäischen Gemeinschaften,

S. 48). Andererseits wird dieser Standpunkt ohne sonderlichen Enthusiasmus vertreten, denn im Januar 1979 waren immerhin knapp 57 Prozent der Meinung, daß die Europäische Gemeinschaft für die Bundesrepublik weder Vor- noch Nachteile bietet. Entsprechend zieht sich eine weitgehend diffuse positive Grundeinstellung zu Europa durch fast alle soziodemographischen und politischen Schattierungen des Bevölkerungsspektrums der Bundesrepublik Deutschland. So fühlen sich die deutschen Wähler z.B. durch die Bezeichnung „Wir Europäer“ im Durchschnitt mit einem mittleren Indexwert von 3,73 angesprochen (der niedrigstmögliche Wert ist 1 und der höchste Wert ist 6 und würde bedeuten, daß man sich völlig mit dieser Bezeichnung identifiziert).

Dieser mittlere Index schwankt innerhalb der verschiedensten soziodemographischen und politischen Subgruppen zwischen etwa 3,5 und 4,3, wobei z.B. Wähler mit SPD- und CDU/CSU-Präferenz einen identischen Wert von 3,69 aufweisen. Die Bereitschaft zur Wahlteilnahme dürfte damit in der Bundesrepublik, im Gegensatz zu einigen anderen europäischen Ländern, kaum in Verbindung zu einem Votum für oder gegen Europa stehen. Das Thema selbst ist offensichtlich in der deutschen Wählerschaft kaum umstritten, obwohl umgekehrt auch keine sonderliche Europabegeisterung zu beobachten ist. In Anbetracht dieser Situation stellt sich um so deutlicher die Frage nach den Faktoren, die zum überwältigenden Wahlsieg der Unionsparteien mit einer klaren absoluten Mehrheit geführt haben. Die in diesem Zusammenhang insbesondere aus dem sozialliberalen Lager zu hörende Begründung der niedrigen Wahlbeteiligung vermag dabei nicht zu befriedigen; sie geht von der These aus, daß SPD- und FDP-Wähler überproportional den Urnen ferngeblieben sind, und verlagert damit lediglich die Fragestellung. Offensichtlich muß man bei der Resonanz dieses Thema in verschiedenen Subgruppen der Wählerschaft ansetzen, um die Ursachen der unterschiedlichen Mobilisierungsraten aufzuspüren und deren Auswirkung zu analysieren.

Tabelle 4:
Haben Sie die Absicht, sich an der Europawahl zu beteiligen? (nach BTW-Wählergruppen)

	Januar 1979			April 1979		
	ja	nein	w.n.	ja	nein	w.n.
Insgesamt	58,2	6,8	35,1	67,9	8,2	23,9
SPD-Wahlabsicht	62,0	4,4	33,8	69,5	7,6	22,9
CDU/CSU-Wahlabsicht	61,3	6,0	32,7	72,5	6,6	20,4
FDP-Wahlabsicht	63,7	6,1	31,8	72,5	7,2	19,6
Unentschlossene	33,3	14,8	51,3	48,4	13,8	37,4

Ein Vergleich von Tabelle 1 und Tabelle 4 zeigt deutlich, daß nicht alle Wähler, die vom Thema Europawahl Kenntnis besaßen, auch bereit waren, sich an dieser Wahl zu beteiligen. Darüber hinaus stieg die Bereitschaftsquote zur Wahlbeteiligung nicht im gleichen Maße wie die Verbreitung des Themas selbst. Während im Januar noch ca. 86 Prozent derjenigen, die von der Europawahl gehört

hatten, auch bereit waren, ihre Stimme abzugeben, belief sich im April die vergleichbare Quote auf knapp 81 Prozent. Dieser relative Rückgang läßt sich dahingehend interpretieren, daß das Thema Europawahl zunehmend Wählerkreise erreichte, bei denen keine entsprechende politische Resonanz vorlag.

Eine Differenzierung nach der Parteiaffinität verschiedener Wählergruppen ergibt deutlich unterschiedliche Mobilisierungsraten in den ersten vier Monaten 1979. Errechnet man die relativen Steigerungsraten (Ausgangswerte Januar 1979 = 100%), so zeigt sich, daß die Wahlbereitschaft insgesamt, ausgehend von den Basiszahlen im Januar 1979, um relativ 16,7 Prozent gestiegen ist. Bei Wählern mit einer sozialliberalen Parteiaffinität lag diese Quote jedoch nur bei 12,1 Prozent (SPD) und 13,8 Prozent (FDP). Beim Wählerpotential der Union betrug die Steigerungsrate dagegen 18,2 Prozent. Die größte Zunahme läßt sich bei den Unentschlossenen mit 45,5 Prozent gegenüber dem Ausgangswert beobachten (diese Zahlen ergeben sich bei entsprechender Umrechnung aus den Tabellen 1 bis 4). Für das Wählerpotential der Unionsparteien ist damit in doppelter Hinsicht der engere Bezug zur Europawahl ersichtlich. Auf der Basis eines größeren Interesses an diesem Thema entstand vermutlich eine höhere Partizipationsbereitschaft, die auf dem Hintergrund der politischen Situation in der Bundesrepublik in Verbindung mit der Informations- und Wahlkampfarbeit entsprechende Mobilisierungseffekte auslösen konnte. Hier besteht ein gewisser Bezug zur Wahlbeteiligung, der sich allerdings bei einer Aggregatdatenbetrachtung relativiert. Zwar gewann die Union in den Gebieten, in denen die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 1976 am stärksten gesunken ist, leicht überdurchschnittlich hinzu (0,69 Prozentpunkte), umgekehrt lagen die Verluste der SPD in diesen Gebieten aber deutlich stärker über dem Durchschnitt (3,33 Prozentpunkte). Allerdings war hier auch bei nur unterdurchschnittlichen Verlusten der FDP (1,01 Prozentpunkte) der Anteil der Grünen Parteien über dem Bundesquerschnitt (3,9%).

Unterschiedliche Mobilisierung der Stammwähler

Diese Relationen müssen jedoch mit Vorsicht interpretiert werden, da Aggregatanalysen eine starke Nivellierung von Einzelentwicklungen beinhalten können. Sieht man von diesem Problem einmal ab, so ergibt sich zwar ein Zusammenhang zwischen der Veränderung der Wahlbeteiligung bei der Europawahl gegenüber der BTW 1976, der jedoch keine quantitativ ausreichende Begründung des Wahlergebnisses liefert.

Es haben offensichtlich besonders viele SPD-Wähler in den Regionen nicht an der Wahl teilgenommen, in denen auch überdurchschnittlich viele Wähler den Urnen ferngeblieben sind. Parallel zu diesem quantitativen Effekt muß aber auch noch ein qualitativer Aspekt eine Rolle bei der Mobilisierung gespielt haben.

In diesem Zusammenhang ergeben sich unterschiedliche Ansatzpunkte, die zu folgenden Thesen zusammengefaßt werden können:

1. Im Bereich der allgemeinen Mobilisierung könnte es der Union gelungen sein, in den ersten vier Monaten 1979 ein bis zum Januar noch existierendes Interessen- und Mobilisierungsdefizit aufzuholen und sogar in einen mehr oder weniger großen Vorsprung gegenüber der SPD umzukehren.
2. Neben diesem allgemeinen Mobilisierungseffekt besteht die Möglichkeit, daß die Unionsparteien, bezogen auf ihr Wählerpotential, eher den Teil des Spektrums mit einer relativ starken Parteibindung motivieren konnten, während bei SPD und FDP mehr Wähler mit einer geringeren Parteibindung an der Wahl teilgenommen haben.
3. Eine Mobilisierungskampagne, die zumindest in der letzten Phase stärker von der Union getragen wurde, könnte über die parteinahen Potentiale hinaus auch im Bereich parteipolitisch nicht fixierter Wähler verstärkt die Partizipationsbereitschaft beeinflußt haben und so indirekt zu einer höheren Favorisierung der Unionsparteien bei dieser Gruppe geführt haben.

Aus der Kombination dieser drei Phänomene ergäbe sich über das „Scheinargument“ der Wahlbeteiligung hinaus eine Erklärung des Wahlergebnisses. Die Tabellen 1 bis 4 belegen in ihrer eindeutigen Grundtendenz die erstere These. Über die zweite These gibt die folgende Tabelle 5 einige Aufschlüsse.

Tabelle 5:
Die Absicht zur Beteiligung der Europawahl in Gruppen unterschiedlicher Parteiidentifikation

	Absicht der Wahlteilnahme		
	ja	nein	weiß nicht
SPD-Stammwähler	74,0	7,5	18,1
SPD-Neiger	67,6	6,8	25,8
CDU/CSU-Stammwähler	82,2	5,1	12,3
CDU/CSU-Neiger	68,4	6,7	24,6
Ohne Parteibindung	56,5	12,2	30,9

Tatsächlich ist bei den CDU/CSU-Stammwählern mit 82,2% die Rate der Wahlteilnahmebereitschaft höher als bei der entsprechenden Gruppe der SPD mit nur 74%. Geht man davon aus, daß sich die Stammwählerpotentiale der beiden großen Parteien im Umfang in etwa entsprechen, so ergibt sich hieraus, daß der stabile Stimmenanteil bei der CDU größer war und damit eine bessere Ausgangsvoraussetzung hergab.

Nach den relativ gesicherten Erkenntnissen der Wählerforschung ist die Bereitschaft, abweichend von der allgemeinen politischen Grundüberzeugung eine andere Partei zu wählen, abhängig von der Festigkeit der Parteibindungen. Mit anderen Worten, wenn die SPD weniger Stammwähler, also Personen mit sehr fester Parteiaffinität, zum Urnengang mobilisieren kann, steigt automatisch der relative Anteil potentieller Wechselwähler.

Bei den Gruppen mit weniger starken Parteibindungen

sind die Relationen etwa gleich, so daß hier zumindest vom Mobilisierungsgrad keine Nachteile der einen oder anderen Partei ersichtlich sind.

Insgesamt kann somit auch die zweite These empirisch belegt werden. Im Bereich parteipolitisch mehr oder weniger gebundener Wähler besaß die Union bei der Europawahl offensichtlich die günstigere Ausgangslage.

Bei unentschlossenen bzw. indifferenten Wählern ist die Analyse weitgehend auf Spekulationen angewiesen, da keine Längsschnittdaten vorliegen und somit kaum ein zuverlässiger Indikator vorhanden ist, um die Entwicklung in diesem Teil der Wählerschaft zu beurteilen. Zwar stieg in der Gruppe ohne bundespolitische Parteipräferenz die Bereitschaft zur Wahlteilnahme vom Januar zum April 1979 relativ am stärksten an (33,3% auf 48,4%), liegt insgesamt aber deutlich unter dem Durchschnitt. Da nach den hier vorliegenden Zahlen die letzte Mobilisierungsphase vor der Europawahl zugunsten der Union verlief, kann man vermuten, daß auch diese stärkere Partizipationsbereitschaft zu einem höheren Grad der Favorisierung von CDU und CSU vorhanden war (vgl. Tab. 4).

Kein Test für Bundestagswahlen

Zur Ergänzung dieser naheliegenden Vermutung kann man die Gründe heranziehen, die nach Ansicht der Wähler für die Wahlentscheidung bei der Europawahl wichtig waren. Dabei ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung, ob die Entscheidung nach gleichen Kriterien abgegeben wird wie bei einer Bundestagswahl oder ob eher andere Gründe vorrangig sind.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Europawahl – das zeigen alle Daten – nach anderen Kriterien entschieden wurde als eine Bundestagswahl. Bei Wählern mit einer Bundestagspräferenz für die Unionsparteien ist zwar der relative Anteil am größten, der sich wie bei einer Bundestagswahl entscheiden will, er umfaßt aber mit 42,4% nicht einmal die Hälfte des BTW-Potentials der CDU/CSU. Bei SPD und FDP liegt der vergleichbare Anteil sogar nur etwas über 30%. Umgekehrt hält von den Unionswählern nur etwa jeder Fünfte bei der Europawahl völlig andere Gründe für ausschlaggebend als bei einer Bundestagswahl, während mit 26,6% mehr als ein Viertel der SPD-Wähler und mit 31,8% sogar knapp ein Drittel der FDP-Wähler diesen Standpunkt vertritt. Offensichtlich war hier eine ausreichende Basis für die Unionsparteien vorhanden – bei der Europawahl – in die Wählerpotentiale der sozialliberalen Koalition einzubrechen.

Diese Daten, die im Januar 1979, also vor der eigentlichen Mobilisierungsphase, erhoben wurden, zeigen zugleich aber, daß etwa zwei Drittel bundespolitisch unentschlüssener Wähler nicht sagen konnten, aus welchen Gründen sie eine eventuelle Wahlentscheidung orientieren wollten. Auch hier dürfte demnach eine gute Voraussetzung für die Union bestanden haben, Wähler für sich zu mobilisieren.

Insgesamt zeigt diese Analyse auch, daß die Europawahl nicht als Test für eine Bundestagswahl angesehen werden kann. Das Mobilisierungsproblem stellte sich hier anders und wurde von CDU und CSU offensichtlich besser gelöst als von den anderen Parteien, denen es in diesem Zusammenhang nicht gelungen ist, das ansonsten bevorzugte Mittel – den populären amtierenden Kanzler – wirkungsvoll einzusetzen.

Ludolf K. Eltermann

Interview

Schuld und Schulterfahrgang heute

Ein Gespräch mit dem Zürcher Psychotherapeuten Martin Odermatt

Schuld als moralischer Vorgang im personalen Sinne scheint gegenwärtig kein wirklich aktuelles Thema zu sein. Wird Schuld „weginterpretiert“ (in der Psychologie), verdrängt (auch in der Praxis der Kirche) oder vorwiegend (in der öffentlichen Diskussion) nur noch den Institutionen (und „Kollektiven“) aufgelastet? Über diese Fragen sprachen wir mit dem Zürcher Tiefenpsychologen Martin Odermatt. Odermatt, von Hause aus Theologe, ist Psychotherapeut in Oberengstringen bei Zürich und Dozent am C.-G.-Jung-Institut in Küsnacht/Zürich. Interviewer war D. A. Seeber.

HK: Herr Odermatt, von Schuld, so scheint es, sprechen wir gegenwärtig vornehmlich metaphorisch oder im

streng juristischen Sinne. Ist das nur ein semantisches Phänomen oder ein Vorgang von tieferer Bedeutung, der einen Wandel im Schulterleben und von Schulterfahrgang anzeigt?

Odermatt: Meines Erachtens gibt es einen echten Wandel im Schulterleben und in der Schulterfahrgang beim heutigen Menschen. Allerdings dürfte es ebenso wichtig sein, das Problem zunächst tatsächlich auch als ein sprachliches zu sehen. Gerade in tiefenpsychologisch orientierten Schulen ist in der Sache oft von Schuld die Rede, und zwar von Schuld im eigentlichen Sinn. Aber Wort und Begriff werden peinlichst vermieden, weil sie durch religiöse Vorstellungen und kirchlichen Gebrauch vorbelastet und ein-